

Überblick über die aktuelle Menschenrechtslage in Kuba

Kuba – für viele Tourist*innen ein wunderschönes Reiseland mit freundlichen Menschen - aber es gibt auch die andere Seite. Auf Kuba werden die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit noch immer massiv verletzt. Seit 2022 wird geschätzt, dass fast 1,5 Millionen Kubaner*innen das Land verließen, vorwiegend junge Menschen mit guter Ausbildung, was sich auf die Wirtschaft des Landes auswirkt. Dies waren wesentlich mehr als in den vergleichbaren Zeiträumen in den Jahren davor. Viele wählten die gefährliche Route durch den Urwald von Darién an der Grenze zwischen Kolumbien und Panama. Andere riskierten die direkte Überfahrt per Boot.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Das gesamte Jahr 2024 über, wie auch in den ersten Monaten in 2025, gab es immer wieder Lebensmittelengpässe, und die Bevölkerung musste stundenlang für Grundnahrungsmittel anstehen. Erstmals bat Kuba die UN um Hilfe aufgrund von Versorgungs-knappheit (Milch für Kinder).

Außerdem fiel in Teilen der Insel häufig der Strom aus, teilweise für viele Stunden. Die Behörden machten vor allem das US-Embargo für die schlechte wirtschaftliche Situation verantwortlich und ignorierten ihre Pflicht, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu verwirklichen.

Unterdrückung Andersdenkender

Während der größten Proteste auf der Insel am 11./12. Juli 2021 wurden willkürlich über 1.800 Personen inhaftiert. Momentan befinden sich, nach einem harten Vorgehen gegen die Demonstrant*innen, noch Hunderte von Menschen in Haft.

Im März 2022 forderte Amnesty International Zugang zum Land, um die Prozesse gegen die Inhaftierten beobachten zu können. Die Behörden ließen jedoch keinerlei internationale Beobachtung zu.

Es kam aufgrund der schlechten Situation im Land sowie der ständigen Stromausfälle, aber auch wegen der andauernden Inhaftierungen, immer wieder zu kleineren Demonstrationen in verschiedenen Teilen des Landes. So nach dem Hurrikan "Ian" im September und Oktober 2022 auf der ganzen Insel, in 2024 in Santiago de

Cuba, Anfang 2025 in verschiedenen Gebieten in der Provinz Granma. In der Folge kam es wieder zu Verhaftungen und Störungen des Internets, eine Taktik, die immer häufiger angewendet wird, um die Kommunikation in politisch heiklen Situationen zu erschweren. Zudem wurden Organisator*innen und Teilnehmende wiederholt inhaftiert und oft zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Dezember 2022 trat ein neues Strafgesetzbuch in Kraft, das die bereits bestehenden Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit noch weiter verschärfte. Für unabhängige Journalist*innen, Aktivist*innen und jegliche Kritiker*innen der Regierung sind dies düstere Aussichten.

Eine der wenigen positiven Entwicklungen war 2022 die Reform des Familienrechts, u. a. wurde die Ehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt.

Rechte von Frauen und Mädchen

Menschenrechtsverteidiger*innen spielten im Kampf gegen die Repression auf Kuba eine zentrale Rolle. So forderten Mütter lautstark, ihre im Zusammenhang mit den Protesten im Juli 2021 inhaftierten, teilweise noch minderjährigen Kinder freizulassen und Vertreter*innen der Damas de Blanco befinden sich in Haft.

Das Parlament nahm Femizid nicht als Straftatbestand in das neue Strafgesetzbuch auf, obwohl Frauenrechtler*innen dies gefordert hatten. Im Gegensatz zu den früheren Jahren nahmen Kriminalität und Femizid auf Kuba zu.

Menschenrechtsverteidiger*innen

Ende 2025 befanden sich die politischen Gefangenen Maykel „Osorbo“ Castillo Pérez, Luis Manuel Otero Alcántara, das Ehepaar Donaida Pérez Paseiro und Loreto Hernández García, Félix Navarro Rodríguez, Sayli Navarro Álvarez und Roberto Pérez Fonseca, die alle im Zusammenhang mit der Unterdrückung abweichender Meinungen im Juli 2021 oder vorher verhaftet worden waren, in Haft.

Félix Navarro und Donaida Pérez wurden im Januar 2025 freigelassen, aber kurz darauf erneut inhaftiert. Dies geschah, nachdem Präsident Biden als eine seiner letzten Amtshandlungen Kuba von der Liste der Terror unterstützenden Staaten gestrichen hatte und daraufhin die kubanische Regierung zusagte, 553 Inhaftierte unter Auflagen („eingeschränkte Freiheit“) freizulassen. Nachdem als eine seiner ersten Amtshandlungen sein Nachfolger, Präsident Trump, Kuba sofort wieder auf die „Terrorliste“ setzte, stoppte die

kubanische Regierung die Freilassungen, bis dahin waren nur knapp 200 Personen freigelassen worden.

Im Juni 2022 verurteilte das Volksgericht von Zentral-Havanna die Künstler Luis Manuel Otero und Maykel Castillo zu fünf bzw. neun Jahren Haft für eine Reihe von Anschuldigungen, die seit jeher verwendet werden, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, darunter „Verachtung“ und „Beleidigung nationaler Symbole“.

Monate zuvor, im Januar, war die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen zu dem Schluss gekommen, dass Maykel Castillo Pérez willkürlich inhaftiert worden war, und hatte die kubanische Regierung aufgefordert, ihn unverzüglich freizulassen.

Auch im Fall von Roberto Pérez Fonseca hat die UN dies gefordert. Er hatte auch an den Protesten im Juli 2021 teilgenommen und wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil fiel besonders hoch aus, da er ein Porträt von Fidel Castro heruntergerissen hatte und dies gefilmt und im Netz verbreitet wurde.

Der Schwarze Aktivist und Vizepräsident der Yoruba-Religion, Loreto Hernández García, wird weiterhin im Guamajal-Gefängnis festgehalten. Er und seine Frau hatten sich an den friedlichen Protesten vom 11. Juli 2021 beteiligt. Sie wurden zu 7 bzw. 8 Jahren Haft verurteilt. Donaida, Präsidentin der Yoruba Religion, wurde im Januar 2025 freigelassen und unter dem Vorwurf, ihre Auflagen verletzt zu haben, im Juni 2025 wieder inhaftiert!

Félix Navarro, ein politischer Gegner und Gründer der Pedro Luis Boitel Partei für Demokratie, wurde wegen seiner Teilnahme an den Protesten vom 11. und 12. Juli 2021 zu 9 Jahren Haft verurteilt und im Januar 2025 freigelassen, aber bereits im April 2025 wieder inhaftiert! Seine Tochter Sayli Navarro, unabhängige Journalistin und Mitglied der „Damen in Weiß“, wurde zu 8 Jahren Haft für ihre Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte und ihre Teilnahme an den Protesten vom 11. und 12. Juli 2021 verurteilt.

Fast alle noch Inhaftierten leiden zwischenzeitlich an kritischen Erkrankungen, haben Infektionen und benötigen dringende medizinische Hilfe, die ihnen selten gewährt wird. Bei den Inhaftierten wird berichtet, dass die Behörden sie unter unmenschlichen, grausamen und erniedrigenden Bedingungen einsperren, wo sowohl physisch als auch psychisch misshandelt und gefoltert wird.